

Saale-Zeitung.

weder die 6 gepaltene Kolonelle oder deren Raum mit 30 Pfg. ...

Ercheint täglich pomeat, Sonntags und Montags einnal

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17; Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Hundertvierzigter Jahrgang.

Nr. 239.

Halle a. S., Dienstag, den 23. Mai.

1911.

Abg. Schiffer zur preussischen Verwaltungsreform.

Der Grund, warum unsere preussische Verwaltung im großen und ganzen eine ausgeprägte zentralistische Färbung hat, besteht in dem Verborgenen, der sich mit dem Gang ihrer Entwicklung auch nur einigermaßen vertraut gemacht hat. Der preussische Staat ist das, was er ist, geworden nur durch eine mit äußerster Zähigkeit und Konsequenz betriebene zentralisierende und konzentrierende Politik seiner Lenker. Die gesamte innere Politik der Kaiserlichen und Könige erstreckte sich beinahe vollständig in dem Kampf mit den zentrifugalen Mächten des Landes oder vielmehr der Länder, aus denen sich allmählich die Monarchie zusammenfügte. Wenn aus diesen Ländern und Länderstücken, die nicht bloß nach Lage und Klima, Sprache und Gitten, Religion und Recht, Abhängigkeit und Wirtschaft unterschieden waren, sondern auch eifersüchtig auf ihre Eigenart waren und mit aller Kraft auseinanderstrebten, schließlich ein einheitliches Staat wurde, so ist das in erster Reihe der von dem Gedanken der staatlichen Zusammenfassung getragenen, durchdringenden und geleiteten Politik zu danken, die traditionell von den Hohenzollern befolgt wurde. Sie offenbarte sich in endlosen Kämpfen mit einem trotzigen Adel, selbstbewußten Städten, herrschbegierigen Fürsten und setzte sich tief in das vorige Jahrhundert fort. So steht in dem zentralistischen Aufbau unserer Verwaltung schon fast ihre Geschichte ein hochpolitischer Kern; und diese politische Seite des Systems verknüpft sich auch unzweifelhaft in den verschiedenen Formen, in denen es sich verwirklicht. Denn verschieden sind die Formen der Zentralisation wie ihres Gegenstücks, der Dezentralisation; so verschieden, das man auch hier wieder einmal mit dem gleichen Ausdruck Begriffe bezeichnet, die nur den Grundgedanken gemeinsam haben und im übrigen auf die mannigfaltigsten Gebiete sich erstrecken. Die nachfolgende Darstellung verknüpft mit dem Wort Zentralisation eine Verteilung der Staatstätigkeiten in der Richtung ihrer Anknüpfung bei der Zentralstelle und den andern oberen Instanzen, so daß die Dezentralisation darin besteht, einen größeren Teil dieser Geschäfte nach den unteren Instanzen abzugeben.

Eine andere Form der Zentralisation besteht in dem, was man in der Hauptfrage als Einheit der preussischen Verwaltung bezeichnet: in dem Verhältnis der übergeordneten zu der nachgeordneten Stelle, das dergestalt geregelt ist, daß jede Maßnahme der einen von der andern befreit oder gebündert werden kann. Dieser enge Zusammenhang der gesamten Verwaltung, der es jeder Anlegenheit ermöglicht, sich bis in die letzte und höchste Instanz zu bringen, um von dort aus erledigen zu werden, schließt gegenüber der habituellen Zentralisation der ersten Kategorie eine Art potentieller Konzentration; und die Möglichkeit, die sie eröffnet, finden sich für das Publikum im Gestalt der Aufsichtsbefehle wieder. Eine Dezentralisation auf diesem Felde der Verwaltung müßte also die Aufhebung der höchsten Instanz gegenüber den unteren Instanzen einschließen, indem die Entscheidungen der letzteren als endgültig erklärt werden, womit zugleich nicht bloß das formelle Befehlswort, sondern auch das Recht der Aufsichtsbefehle enger begrenzt wäre.

In einem anderen Sinne kommt die Einheitlichkeit der Verwaltung bei der dritten Form der Zentralisation in Frage; hier ist es die Einheitlichkeit des Amtes, die in der Zusammenfassung verschiedener Verwaltungsgebiete in einer Hand sich äußert. Dezentralisation bedeutet also hier die Schaffung von Sonderbehörden unter Abspaltung ihrer Zuständigkeit aus der bisherigen Vereinigung. Endlich liegt eine Konzentration darin, daß der preussische Staat eine besonders große Anzahl von Gebieten seiner Verwaltung angegliedert und einverleibt, sie also in sich konzentriert und zentralisiert hat. Für sie würde eine Dezentralisation die Ausgliederung dieser Gebiete und ihre Überlassung und Übertragung entweder an die einzelnen Bürger oder an andere öffentliche, unterhalb des Staates stehende Verbände, insbesondere Gemeinden und sonstige Kommunalverbände bedeuten.

Nun läßt sich gewiß darüber reden, ob man die Beziehung der Rechte einer juristischen Person, die Genehmigung von Schenkungen, die Änderung der Statuten rechtsfähiger Gesellschaften und ähnliche Geschäfte von minderer Wichtigkeit aus dem Zivilkabinett herausnehmen und unteren Instanzen überantworten will; ob man in ähnlicher Weise die Ministerien und Oberpräsidenten entlasten, insbesondere die von ihnen verwalteten Fonds, nach unten überweisen will. Ebenso wird man sich ohne übermäßige Schwierigkeit wohl auch darüber einigen können, daß nicht jede, auch die unbedeutendste Streitfrage, sämtliche ordentlichen Rechtsmittel bis zur höchsten Stelle zur Verfügung zu haben braucht, und daß auch nicht jede Aufsichtsbefehle der angerufenen höheren

Stelle Anlaß zum Einschreiten durch Anfragen, Berichtseinfordern und neue Bemerkungen bieten soll. Man kann weiterhin die Frage mit Erfolg erörtern, ob das Vorsehen, das Landeskulturwesen, das Wasserwesen, die Verwaltung der Domänen und der Forsten von der allgemeinen Verwaltung des Staates zu entlasten und den Provinzen, den Gemeinden oder anderen Stellen zu übergeben wäre. Ganz anders aber schaut die Sache aus, wenn es sich darum handelt, den Einfluß der höheren gegenüber der niedrigeren Verwaltungsbehörde und demgemäß auch die Aufsichtsbefehle formell in engere Grenzen zu legen. Hier tritt sofort der politische Gesichtspunkt unverhüllt in den Vordergrund. Aber vielfach mag man gerade darüber, daß die Ministerien sich gegenüber ihren Untergebenen nicht durchsetzen können; auch erhebt sich der Zweifel, ob eine Begrenzung, wie sie geplant wird, mit dem konstitutionellen Prinzip und dem Grundgedanken der Ministerverantwortlichkeit vereinbar ist. Politische Gesichtspunkte dürften ferner ausgleichend sein, wenn um die Dezentralisation der Schulverwaltung und der Kommunalverwaltung auf die Kreisinstanz getritten oder die Abtrennung der Steuererhebung vom Landratsamt erörtert wird. Hier hängt die Entscheidung vom guten Willen davon ab, welche Bedeutung und Stellung man dem Landratsamt zuweist, und ob man je nach dem Ergebnis dieser Beurteilung seiner Stärkung oder Schwächung in Beziehung auf Zuständigkeit, Einfluß und Autorität für möglich oder unmöglich, nützlich oder schädlich, wünschenswert oder doch zuträglich erachtet. Dabei wird die Frage gar nicht zu umgehen sein, ob nicht vielfach im Landrat und seinen Untergebenen, den Amtsvorsetzern, in veränderter Gestalt die alten Gutsbesitzer fortleben, mit denen so schwer um die Präponderanz des Staates gerungen werden mußte; wie weit die Veränderung nach der einen oder anderen Seite geht, die in dieser Natur des Amtes und seiner Träger die Angleichung der Selbstverwaltungskörper etwas hervorgerufen hat, und was es um den Begriff des „politischen Beamten“ heißt. Ganz ähnliche Betrachtungen aber werden bezüglich der Kommunen anzustellen sein. Ihre Verwaltung, vornehmlich die der größeren Städte, gewinnt mehr und mehr einen ausgeprägten politischen Charakter, an dem das Vordringen der Sozialdemokratie nicht zum wenigsten beteiligt ist. Diese Tatsache wird ins Gedächtnis fallen, wenn man sich darüber schließt machen soll, ob die Schule, die Polizei oder einzelne Zweige der Justiz kommunalisiert werden sollen, und ob das Genehmigungs-, Zulassungsgesetz und Befähigungsgesetz des Staates bei Bewilligungen und Wahlen der Gemeinden eingeschränkt werden kann. Dazu kommt, daß die Unterlagen für eine solche Entschlebung ihrerseits wiederum nicht mehr als fest und auch nur für längere Zeit unerschütterlich angesehen werden können. Der Erlaß einer neuen Städteordnung ist bereits vor mehr als 30 Jahren von der Regierung wie von der Mehrheit der Parteien als ganz unerlässlich erklärt worden; man muß also damit rechnen, daß ein Schritt nach dieser Richtung wiederum unternommen wird, dessen Einzelziel und Erfolg völlig im Dunkel sind. Schon die beiden Probleme des Wahlrechts und des Hausbesitzerprivilegiums sind so schwerwiegender Natur, daß die Art ihrer Lösung das ganze Bild der Verhältnisse von Grund aus verändern kann. Aber auch Kreis- und Provinzialordnung sind bauernd Gegenstand parlamentarischer Anregungen und Angriffe. Und weiter im Osten werden die kleinen Gemeinden sachlich und persönlich immer leistungsfähiger, immer weniger geeignet, Träger eines wirklichen, selbständigen kommunalen Lebens zu sein; ihr Verhältnis zu den wohlreichen großen Kreisbezirken ist ungelöst und wird wohl auch durch das neue Zweckerbändergesetz nicht entscheidend beeinflusst werden; eine Schaffung neuer kommunaler Grundlagen unterster Ordnung muß ins Auge gefaßt, vielleicht die Stellung des Kreises in einschneidender Weise umgestaltet werden. Das alles liegt aber zum erheblichen Teil auf politischem Gebiet, befindet sich im Stillen und ist der Grund heftigsten Streites. Auf so schwankenden Fundamenten einen umfassenden Neubau zu errichten, dürfte kaum ratsam sein.

Stelle Anlaß zum Einschreiten durch Anfragen, Berichtseinfordern und neue Bemerkungen bieten soll. Man kann weiterhin die Frage mit Erfolg erörtern, ob das Vorsehen, das Landeskulturwesen, das Wasserwesen, die Verwaltung der Domänen und der Forsten von der allgemeinen Verwaltung des Staates zu entlasten und den Provinzen, den Gemeinden oder anderen Stellen zu übergeben wäre. Ganz anders aber schaut die Sache aus, wenn es sich darum handelt, den Einfluß der höheren gegenüber der niedrigeren Verwaltungsbehörde und demgemäß auch die Aufsichtsbefehle formell in engere Grenzen zu legen. Hier tritt sofort der politische Gesichtspunkt unverhüllt in den Vordergrund. Aber vielfach mag man gerade darüber, daß die Ministerien sich gegenüber ihren Untergebenen nicht durchsetzen können; auch erhebt sich der Zweifel, ob eine Begrenzung, wie sie geplant wird, mit dem konstitutionellen Prinzip und dem Grundgedanken der Ministerverantwortlichkeit vereinbar ist. Politische Gesichtspunkte dürften ferner ausgleichend sein, wenn um die Dezentralisation der Schulverwaltung und der Kommunalverwaltung auf die Kreisinstanz getritten oder die Abtrennung der Steuererhebung vom Landratsamt erörtert wird. Hier hängt die Entscheidung vom guten Willen davon ab, welche Bedeutung und Stellung man dem Landratsamt zuweist, und ob man je nach dem Ergebnis dieser Beurteilung seiner Stärkung oder Schwächung in Beziehung auf Zuständigkeit, Einfluß und Autorität für möglich oder unmöglich, nützlich oder schädlich, wünschenswert oder doch zuträglich erachtet. Dabei wird die Frage gar nicht zu umgehen sein, ob nicht vielfach im Landrat und seinen Untergebenen, den Amtsvorsetzern, in veränderter Gestalt die alten Gutsbesitzer fortleben, mit denen so schwer um die Präponderanz des Staates gerungen werden mußte; wie weit die Veränderung nach der einen oder anderen Seite geht, die in dieser Natur des Amtes und seiner Träger die Angleichung der Selbstverwaltungskörper etwas hervorgerufen hat, und was es um den Begriff des „politischen Beamten“ heißt. Ganz ähnliche Betrachtungen aber werden bezüglich der Kommunen anzustellen sein. Ihre Verwaltung, vornehmlich die der größeren Städte, gewinnt mehr und mehr einen ausgeprägten politischen Charakter, an dem das Vordringen der Sozialdemokratie nicht zum wenigsten beteiligt ist. Diese Tatsache wird ins Gedächtnis fallen, wenn man sich darüber schließt machen soll, ob die Schule, die Polizei oder einzelne Zweige der Justiz kommunalisiert werden sollen, und ob das Genehmigungs-, Zulassungsgesetz und Befähigungsgesetz des Staates bei Bewilligungen und Wahlen der Gemeinden eingeschränkt werden kann. Dazu kommt, daß die Unterlagen für eine solche Entschlebung ihrerseits wiederum nicht mehr als fest und auch nur für längere Zeit unerschütterlich angesehen werden können. Der Erlaß einer neuen Städteordnung ist bereits vor mehr als 30 Jahren von der Regierung wie von der Mehrheit der Parteien als ganz unerlässlich erklärt worden; man muß also damit rechnen, daß ein Schritt nach dieser Richtung wiederum unternommen wird, dessen Einzelziel und Erfolg völlig im Dunkel sind. Schon die beiden Probleme des Wahlrechts und des Hausbesitzerprivilegiums sind so schwerwiegender Natur, daß die Art ihrer Lösung das ganze Bild der Verhältnisse von Grund aus verändern kann. Aber auch Kreis- und Provinzialordnung sind bauernd Gegenstand parlamentarischer Anregungen und Angriffe. Und weiter im Osten werden die kleinen Gemeinden sachlich und persönlich immer leistungsfähiger, immer weniger geeignet, Träger eines wirklichen, selbständigen kommunalen Lebens zu sein; ihr Verhältnis zu den wohlreichen großen Kreisbezirken ist ungelöst und wird wohl auch durch das neue Zweckerbändergesetz nicht entscheidend beeinflusst werden; eine Schaffung neuer kommunaler Grundlagen unterster Ordnung muß ins Auge gefaßt, vielleicht die Stellung des Kreises in einschneidender Weise umgestaltet werden. Das alles liegt aber zum erheblichen Teil auf politischem Gebiet, befindet sich im Stillen und ist der Grund heftigsten Streites. Auf so schwankenden Fundamenten einen umfassenden Neubau zu errichten, dürfte kaum ratsam sein.

Die Aero-Plan-Katastrophe von Jssy.

Wie aus Paris vom 22. Mai gemeldet wird, hat Ministerpräsident Monis eine verhältnismäßig befriedigende Nachricht verbracht und nach Beendigung der erforderlichen ärztlichen Eingriffe, die er mit höchster Ruhe ertrug, einen festen Schlaf gefunden. Um 2 Uhr morgens gab die Letzte Meldung, daß der Zustand des Ministerpräsidenten, der übermorgen früh sechs Jahre erreicht, außerordentlich sei. Nach der am 6 Uhr abends erfolgten neuen Einlieferung, des geschwundenen kranken Patienten, eine wesentliche Besserung. Die Schmerzen in Brust und Unterleib sind beinahe vollständig geschwunden, die Nieren funktionieren normal. Auch der Zustand des minder schwer verletzten Deutch de

la Reurthe ist so befriedigend wie möglich. Bei der Einlieferung des Kriegsministers waren außer den Familienangehörigen mehrere Minister und Parlamentarier zugegen. Während der Nacht wurde der Leichnam des Ministers von seinen Ordnamungsbeamten und Mitgliedern seines Zivilkabinetts bewacht, die sich von Zeit zu Zeit ablösten. Der Schwiegerjoch und die Tochter waren gleichfalls im Totenzimmer. Dem Sohne Charles Berteaux, der, wie berichtet, nur einigen Wochen einen schweren Keimfall erlitten hat, gelangte sein Zustand nicht, in der Nähe der Leiche zu bleiben. Die Beisetzung des Kriegsministers wird entweder Donnerstag oder Freitag stattfinden.

Berteaux Todesahnung.

Ueber die Katastrophe werden heute, wie das bei solchen Ereignissen gewöhnlich zu geschehen pflegt, viele Einzelheiten erzählt, die ganz gewiß zum größten Teil nur von der Phantasie gelehrt worden sind. In Wirklichkeit war von den Phasen des schrecklichen Vorganges, der sich in wenigen Sekunden abspielte, nur wenig zu erkennen. Die meisten von den Hunderttausenden der Zuschauer konnten bei den großen Ausmessungen des Flugfeldes in dunkler Morgenämmerung bei dem ewigen Hin und Her der Besichtigung, der sich über bedeutende Distanzen ausbreitete, nur das Unglück geschehen war und die beiden Katastrophen den Augen. Ueber die Gründe des Unglücks und den Vorgang selbst ist wenig nachzutragen. Es steht fest, daß die Kirschenabteilung die über das Feld ritt, die äußere Veranlassung für das Abweichen der Maschine trug. Diese Soldaten aber hätten ruhig über die Weiden traben können, wenn größere Vorkehrungsmaßregeln zum Freihalten der Bahn getroffen worden wären. Warum war das Feld nicht abgepflügt, wie es bei Pferderennen zu geschehen pflegt? Wer hat jemals in Kireuil oder Longchamp gesehen, daß sich Gänse der Ehrentribüne und Hunderte von Zuschauern inmitten der Rennen umhertreiben und von galoppierenden Kirschen herabgeworfen werden? In diesem heftigsten Moment, der sich über die Katastrophe zu ziehen, sah man im Gesicht des Kaiserpaars die Katastrophe zu sehen. Es ist ein Verhängnis, daß gerade Berteaux die Möglichkeit einer solchen Entwicklung vorausgesehen hat. Am Tage vor Beginn des Wettfluges sagte er zu dem Deputierten Kanier: „Ich wollte, der Sonntag wäre vorbei. Bei einer solchen Zukunftsangabe habe ich nicht die Sorge, ein Aero-Plan könnte den Leuten auf die Köpfe fallen und Unheil anrichten!“ Und wenige Minuten vor seinem Tode, als die Kirschen gegen die Neugierigen vorzürten, äußerte der Kriegsminister zu Sophie: „Wir sollten mit gutem Beispiel vorangehen und das Feld verlassen.“ Ich lehne vor, daß wir zur Tribüne zurückkehren.“ Das waren keine leichten Worte, gleich darauf lag er auf dem kranken Tische, eine blutende Wunde. Der schreckliche Moment hatte den Unglücklichen ein Weil getroffen. Die Schenkel in den Schenkel bis tief in den Nacken gebrungen und hat dann an der Schulter den linken Arm fast ganz vom Körper geschnitten. Der Tod ist sofort erfolgt, merkwürdig ist es, daß das Gesicht von keiner Wunde entsetzt ist. Die Wunden, die gegen, nachdem Frau Berteaux sich zurückgezogen, den Verstorbenen auf dem Totenbette sehen konnten, bemerkten mit Staunen die wunderbare Ruhe des vollkommen blutlosen Gesichtes, dessen Stirn mit einem weißen Taube verhüllt ist. Der Hals lag hinten aufgeschwungen, hier ist der Verband der grauen Rückenwunde. Von der Amputation ist nichts zu sehen, da die Arme im Strahl von den Seiten des Körpers entlang gelegt sind, die Hüfte links bedeckt. Zeitlich ist die Wunde des aufgeschlagenen Toten kein allzu peinliche Spur des Unglücks, die Kleider, die Berteaux beim Tode trug, erzählen andere Dinge. Der Hinterkopf ist glatt in zwei ungleiche Hälften geschnitten, die nur durch Klappen des Innenbundes aneinander gehalten werden, der Kopf ist zerlegt, der Kopf in mehrere Teile zerbrochen. Alle diese Reliquien wurden von einem Offizier der Wache des Ministers überbracht.

Die Rückwirkung auf die innerpolitische Lage.

Angesichts des Unglücks in Jssy-les-Moulineux ist eine Art Gottesgriefe vorübergehend in die Pariser politische Presse eingeblasen. Die politischen Redensarten schweigen an der offenen Bahre des Kriegsministers Berteaux und an dem Schmerzenslager des Ministerpräsidenten Monis. Niemand fragt sich — für den Augenblick wenigstens — ob die Minister seiner Partei oder dem gegenwärtigen Lager angehören, jedermann sieht in ihnen nur die bewundernswürdigen Opfer einer Katastrophe. Die Wirkung der Katastrophe auf die politische Lage ist daher zur Stunde noch nicht klar zu übersehen. Im radikalen und radikalsozialistischen Lager wünscht man zur Vermeidung einer Kabinettkrise die interministerielle Fortführung der Regierungsgeschäfte bis zur Wiederherstellung des Ministerpräsidenten, die mindestens einen Monat erfordern dürfte, und gibt hierfür mehrere Präjudenfälle. Von anderer Seite wird auf das Bedenkliche des Interims angesichts der sehr schwierigen inneren und äußeren Lage aufmerksam gemacht; die Maroffrage, das Budget, das Arbeiterpensionsgesetz, die Eisenbahnanlagepolitik der heutigen rassistischen Entschlüsse und die Gegenwart eines Ministerpräsidenten, der den parlamentarischen Verhandlungen ständig zu folgen und seine volle Autorität einzuheben vermag. Kammer und Senat werden sich, um dem Präsidenten der Republik die Entscheidung zu überlassen, voraussichtlich bis nächsten Montag versagen, nachdem sie bei ihrer Sitzung am Dienstag den verunglückten Regierungsmitgliedern die traditionelle Ehrenbegehung erwiesen haben.

Die Erzählung des Polizeipräsidenten.

Polizeipräsident Lepine erzählte einem Berichterstatter über den Bergang des Unglücks: „Wir hatten die Tribünen auf Erhöher des Berichterstatters des Wettfluges verlassen, um die Flugzeuge vor der Abfahrt zu befechtigen. Als wir auf der Wäldchen schräg das Feld durchqueren, sah ich eine Kirschenabteilung aus uns zureiten. Ich esse den Reitern entgegen und rief dem Kom-

mandierenden Offizier zu: "Warum kommen Sie her?" Er antwortete: Weil man mit den Befehl gegeben hat, die Ordnungsmannschaften an diesem Punkt zu veranlassen. Ich entgegnete hierauf: "Sie können zurücktreten, wir brauchen niemand." In dem Augenblick, wo die Schwadron umfante, sah ich ein Flugzeug, das nach der Richtung flog, in der wir uns befanden. Ich hatte nicht den Eindruck, als ob das Flugzeug stürze; ich sah nur, daß es sehr niedrig flog. Ohne mich umzuwenden, rief ich der hinter mir stehenden Gruppe, in der sich Monis und Berau befanden, zu: "Nach rechts, nach rechts!" wobei ich mit der Hand ein entsprechendes Zeichen machte. Als ich mich umwendete, sah ich mit Entsetzen, wie das Flugzeug in die Gruppe hineinstürzte.

### Das Verhalten des Publikums.

Wie in einem Telegramm der "Post" (Bz.) aus Paris, 22. Mai, folgendermaßen geschildert. Als die Inbetriebnahme des Wettfluges bekannt wurde, zeigte sich das Publikum äußerst widerspenstig. Tausende stürzten auf das Flugfeld hinab. Sie konnten von der Polizei und den Truppen nicht zurückgehalten werden. Es kam zu wilden Zusammenstößen, wobei zahlreiche Personen von den Pferden niedergeworfen und getreten wurden. Aber selbst die Personen, die sich in den Reihen befanden, einige auch Feinde waren, die Polizei veranlaßte eine Mitteilung, in der sie sagt, daß die Menge sich gegen die Truppe außerordentlich feindselig benommen habe. Ein Trompeter bekam einen Stoß mit der Spitze des Gewehrs, einigen Pferden wurden Messerstücke verleiht und einige ihre Pfeife tuende Soldaten wurden vom Publikum, selbst von wohlgekleideten Personen, mit den Schimpfungen: "Mörder!" empfangen.

### Beileids-Bundgebungen.

Der deutsche Reichsanzler und der festgesetzte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann sprachen am Montag bei dem französischen Botschafter vor, um ihm die Beileids-Bundgebungen zu überreichen. Der Reichsminister Berau betrafen hier, auszusprechen. Der Reichsminister hat weiter den deutschen Botschafter in Paris beauftragt, der französischen Regierung die Teilnahme an dem erkrankten Anglistalle auszusprechen. Am Samstag auf das Anglist auf dem Flugfeld des Flughafen Paris-Orly, bei dem König von Serbien seine Reise nach Frankreich verabschiedete. Der Kaiser Katharine ernied auf in Petersburg in der westlichen Kreise den tiefsten Eindruck. Im kaiserlichen Anruf wurden alle Festlichkeiten aus Anlaß der beginnenden russischen Flugwoche abgelehnt. Der Zar sandte an Kaiserin eine Beileids-Telegramm, desgleichen telegraphierten mehrere russische Minister ihren Pariser Kollegen. Alle leitenden Blätter drücken Frankreich die Sympathien Russlands bei dem entsetzlichen Unglück aus, das aber den schnellen Siegeszug der Luftschifffahrt nicht aufhalten konnte.

### Der Flug Paris—Madrid.

Der Minister Berau ist Montag früh 4 Uhr 11 Minuten in Hispano-Moulineux als Leiter der Wettflugteilnehmer aufgefahren. Die vier anderen, darunter Train, der Arbeiter des gestrigen Unglücks, haben unter dem Eindruck der gestrigen Katastrophe verzichtet. Auf dem Flugfeld war sozusagen kein Mensch anwesend. Der Flug ging ohne Zwischenfälle vonstatten. Weiter wird vom Montag gemeldet: Am Samstag Paris—Madrid erreichte am Sonntag außer Carlos kein Minister. Amoulineux, das Ziel der ersten Etappe. Beaumont gab in Rodez-Lur-Vaire auf, da er, als er dort nach einer Zwischenlandung wieder aufstieg, einen Baum streifte und einen Flügel zerbrach. Gebert gelangte bis Pont de Vaux, wo er vorläufig blieb. Deblafur, der im Nebel die Orientierung verlor, ging in Cosne nieder. Bedines, der Montag früh aufgestiegen war, ist nach 3 Std. 49 Min. Fahrt in Angoulême um 8 Uhr eingetroffen, ist also Sieger der ersten Etappe.

## Deutscher Reichstag.

181. Sitzung vom Montag, 22. Mai, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Deßlind, Gelpar.

### Die zweite Lesung der Reichsversicherungs-Ordnung.

(Zwischensitzung Tag.)

Zur Verhandlung liegt das 6. und letzte Buch, das das Verfahren regelt. Es umfaßt die §§ 1528 bis 1754. Berichterstatter ist Dr. Dröschler (konf.). Einige Anträge der Sozialdemokraten zur Einleitung des Verfahrens werden nach kurzen Begründungen abgelehnt, reaktionelle Anträge des Berichterstatters angenommen. Die §§ 1552 bis 1578 betreffen die Einleitung der Versicherungssträger bei der Unfallversicherung (Recht, Einfluß, Entschädigung). Die Sozialdemokraten beantragen bei § 1569, daß in jedem Fall bei rechtzeitiger Erhebung des Eintrages der Verlust des Rechts fallen soll, wenn Versicherungsamt gehört zu werden. Die parlamentarischen Bestimmungen sollen nach den Anträgen der Sozialdemokraten auch in den sonstigen Stadien des Verfahrens obligatorisch gemacht werden.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) wendet sich gegen die Kompliziertheit des Verfahrens, das die Kommissionsbeschlüsse für die Rentenfestsetzung in Unfällen einführt. Das Verfahren sollte einfach und durchsichtig sein, damit der Arbeiter ohne Rechtsbeistand durchkommen kann. So aber ist er auf den Arbeiterssekretär angewiesen, und der wird hier im Verfahren ausgeschlossen. Das neue Verfahren bedeutet nichts als eine Verkomplizierung und fortgesetzte neue Rentenrettungen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Ich gebe die Kompliziertheit des Verfahrens zu, es ist keineswegs ideal. Hier ist vielleicht ein Anlaß zu weiteren Ausbesserungen. Große Vorzüge bringt das Verfahren aber in der Abklärung. Das war bisher der wunde Punkt für die Versicherer. Hier wird ein ganz bedeutender Fortschritt erzielt. In Zukunft darf kein Arzt mehr, der im Vertragsverhältnis zur Berufsgenossenschaft steht oder auch nur ihr regelmäßiger Gutachter war, Vertrauensarzt des Versicherungsamtes oder Stabsarzt oder Reichsversicherungsamtes sein. Bisher war es so, daß Ärzte sich weigerten, ein Gutachten abzugeben, um ihre Stelle bei der Berufsgenossenschaft nicht zu verlieren. Alles in allem ist das neue Verfahren doch ein nennenswerter Fortschritt gegenüber dem Vorherigen.

Abg. Dr. Wundt (Sp.): Der Vorredner scheint vollkommen übersehen zu haben, daß man den Versicherer den Rufus abgibt. Auch in der Artzfrage sind eine Reihe von Einschränkungen für den Verlesenen erfolgt. Herr Schmidt hat durchaus Recht mit der Verkomplizierung durch das Verfahren. Ramentlich die Zahl der notwendigen Unfallverletzungen wird sich sehr vermehren. Auch in Zukunft wird in der Regel doch nur der beste Arzt als Sachverständiger zugezogen werden. Der Arzt des Versicherungsamtes wird nicht ein Vertrauensarzt des Versicher-

ten sein, sondern des Schiedsgerichts. Die herbe Kritik des Abg. Schmidt war durchaus berechtigt. Abg. Weyers (wirtsch. Bg.) spricht im gleichen Sinne wie Dr. Pfeiffer. Das neue Verfahren ist nicht ideal, es ist ein notwendiges Kompromiß nach überaus schwierigen Verhandlungen in der Kommission.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Wollensack (Soz.) und Beker-Arnoberg (Ztr.) werden die sozialdemokratischen Entwürfe abgelehnt. Es bleibt bei den kommissionarischen Beschlüssen. Angenommen werden weiter Anträge Dr. Döschler (konf.) über Einzelheiten der Verfahrens-Vereinbarung. Die Entscheidung über die Einleitung des Verfahrens wird dem Versicherungsamt (Spruchamt) nach § 1562 auf Antrag ein Verfahren einleiten, das wegen desselben Anlasses gegen einen anderen Versicherungssträger anhängig ist.

Nach einem Kompromißantrag Schußlitz werden die weiteren Absätze dieses Paragraphen folgendermaßen gefaßt: An Stelle des Reichsversicherungsamtes tritt das Landesversicherungsamt, wenn sich der Bezirk keines der beteiligten Versicherungssträger über das Gebiet des Bundesstaats hinausstreckt.

Der Rest des sechsten Buches und damit der gesamte Reichsversicherungsordnung wird erledigt. Beim Aufzug des letzten Paragraphen, § 1754, ertönt mehrfaches Bravo. Die noch ausstehende namentliche Abstimmung ist § 1841 mit, da das Haus jetzt um 3/4 Uhr noch nicht beschlußfähig ist, erst nach 5 Uhr stattfinden. Die Abstimmung über die Resolutionen wird in der dritten Sitzung erfolgen.

### Die erste Lesung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages.

Staatssekretär Dr. Deßlind: Am kein Ratum eintreten zu lassen, bedürfte es großer Anstrengungen, den neuen Vertrag nach Schweden zu bringen. Die deutsche Ansicht nach dem Vertrag beträgt 3, 100 Millionen Mark, die deutsche Einfuhr aus Schweden 105 Millionen Mark. Im Verhältnis zur Gesamteinfuhr und Ausfuhr des Landes spielt das für Schweden eine größere Rolle als für Deutschland; auf der anderen Seite aber ist das deutsche Interesse infolge größer, als ein Drittel seiner Einfuhr aus Schweden in Eisenwaren besteht, auf deren gesicherten Fortzug unsere Industrie hohen Wert legt. Der Staatssekretär gibt eine Uebersicht der ersten Konventionen. Schweden hat sich u. a. verpflichtet, während der Dauer des Vertrages seine Eisenerze nicht mit einem Ausfuhrzoll zu belegen. Bei 250 Positionen ist eine Herabsetzung des schwedischen Tarifs erzielt, bei 200 Bindungen der bestehenden Sätze, zusammen für 107 1/2 Mill. Mark, d. i. 69 Prozent unserer Gesamtausfuhr. Bei den großen Nahrungsmitteln und den Pflanzenölen müssen wir leider den status quo aufrecht erhalten. In diesem Punkt, um den sich der Kampf bis in die letzten Stunden gedreht hat, war Schweden unerschütterlich. Wir mußten uns sagen, ob wir uns hieran, wo es sich nur um eine Einfuhr von 8,3 Millionen handelt, den Vertrag scheitern lassen sollten, und das haben wir verneint. Seinen Gehör in unserer nachsichtigen und nachsichtigen Gemeinden müßte Schweden doch aufrecht erhalten und sich dort in den Breiten kaltes halten; ohne schwedische Steine sind unsere Gemeinden und Kreise dort gar nicht in der Lage, ihre Straßen zu pflastern; sie würden, zum Schaden unserer Pflanzenindustrie in der Abtragung zu anderen Pflasterarten beschleunigen. Der Wirtschaftliche Ausschuss ist gefaßt worden und hat seine Zustimmung zum Vertrage gegeben.

Abg. Sped (Ztr.): Schweden ist allein der meiste Teil. Wichtige deutsche Interessen werden verletzt. Die Regierung glaubt nicht mit dem Abschluß dieses Vertrages eine große Tat begangen zu haben. Es war falsch, das man ohne Gegenleistung die Wirtschaft begünstigt gewährt. Man sollte überhaupt zu reinen Tarifverträgen kommen: Leistung gegen Gegenleistung. Die Erzeugnisse aus Schweden soll man nicht überlassen; die deutsche Industrie müßte sich schon andere Quellen zu. Gewisse deutsche Kreise wollen unbedingt in Schweden finanziell beteiligt sein und schuld sein, daß die Pflanzenindustrie nicht so kommt. (Hört, hört!) Die Zollfreiheit der schwedischen Pflanzenöle ist Schuld an den letzten Arbeiterentlohnungen in unserer Pflanzenindustrie (Wirtschaftsprüfung der Soz.) es ist unfähig, daß die Sozialdemokratie hier so wenig die Interessen der Arbeiter vertritt. Dankbar erkennen wir an die Aufrechterhaltung der Vieheinfuhrverbote. Wir stellen uns dem Vertrag nicht allzu freundlich gegenüber und machen unsere Stellung abhängig von den Verhandlungen in der Kommission, die wir beantragen.

Abg. v. Volkmar (Soz.): Es ist ein ausgeprochen schlechter Vertrag. Freilich können wir die Erze schwer entbehren. Aber wir haben von jeder Posa mit unseren Unterhändlern gehabt. Die Schweden haben bald gemerkt, daß die Eisenindustrie bei uns die erste Geige spielen. Das die Kommissionsberatung soll, weiß ich nicht; an dem Vertrag kann ja doch nichts geändert werden. An der vollsten Steinsuhr muß im Interesse unserer Eisenarbeiter festgehalten werden. Der Vertrag ist schlecht, aber ein Zolltrick ist noch schlechter, darum stimmen wir für den Vertrag.

Hierauf wird die ausgesetzte namentliche Abstimmung über den § 1841 der Versicherungsordnung vorgenommen. Es handelt sich um die Beschleunigung des Verfahrens. Die Sozialdemokraten beantragen die Beschleunigung des Verfahrens mit 184 gegen 65 Stimmen bei der Enthaltung befristet.

Präsident Graf Schwerin-Silberstein nimmt der französischen Regierung aus Anlaß des schweren Unglücks, das sie getroffen, im Namen des Reichstags Worte herzlichster Anteilnahme mit den besten Wünschen für die Wiederherstellung des Ministerpräsidenten (Lebhafter Beifall).

Darauf wird die unterbrochene Beratung des schwedischen Handelsvertrages fortgesetzt.

Abg. Dr. Kossel (konf.) spricht gegen die Einfuhr kondensierter schwedischer Milch und fordert Schutz der deutschen Milcherei gegen die schwedische Konkurrenz. Es war tatsächlich möglich, mehr zu erreichen, als dieser Vertrag bringt. Der wichtigste Absatzmarkt für unsere Industrie bleibt doch immer das Inland.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Mit großer Genugtuung ist festzustellen, daß diesmal die Vorbereitung des Vertrages in unrichtiger Förmlichkeit mit den beteiligten Industriekreisen erfolgt ist. Das ist doch eine Folge der starken Kritik, die hier bei Besprechung des portugiesischen Handelsvertrages geäußert worden ist. Von den Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses sollte der Reichstag in umfangreicherer Weise Kenntnis erhalten, denn so ist er ja ganz uninformiert. Es sind immerhin zahlreiche bedeutende Zollermäßigungen erzielt worden, und besonders wird unsere Textilindustrie dafür dankbar sein. In unserer Exportindustrie verdient ja schon eine Art Zollstempel; man ist schon zufrieden, wenn der Export nicht ganz unterbunden wird. Hoffentlich gelingt es, unsere deutschen Interessen an den Eisenerzen in Marokko nachdrücklich zu wahren. Ein Teil meiner Freunde wird seine Stellung zum ganzen Vertrage davon abhängig machen, daß der Pflanzenindustrie auf dem Gebiete der Fruchtproduktion entgegenkommen wird; mit einer Resolution begnügen wir uns nicht.

Abg. Deser (Sp.): An den Vertragsverhandlungen hat die Vertretung der deutschen Industrie mit erheblichem Erfolge teilgenommen. Wenn der Vertrag nicht besser geworden ist, so ist daran unser Zolltarif von 1902 Schuld. Unsere Konventionen gegenüber Schweden sind sehr bescheiden. Die deutsche Landwirtschaft

kann sich nicht beklagen, sie schneidet besser ab als die Industrie. Ein Zollkrieg würde schwere Wunden schlagen. Wir nehmen den Vertrag an, auf Kommissionsberatung legen wir keine Wert.

Abg. Freiherr von Gamp (Sp.): Die Regierung hat den Vertrag so sorgfältig vorbereitet wie noch keinen; sie hat mit den Interessentenkreisen dauernd Fühlung gehalten. Die Beschlüsse des Herrn von Volkmar gegen unsere Unterhändler, als ob sie die Interessen unserer Eisenindustrie zu hart vertreten hätten, sind unbedeutend.

Abg. Dr. Werner-Gieben (wirtsch. Bg.) verliest eine Rede gegen den Handelsvertrag.

Präsident Graf Schwerin macht ihn darauf aufmerksam, daß das nicht zulässig ist.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Socklage geht an eine Kommission. Das Haus verläßt sich, Dienstag 12 Uhr: Esch-Löhringische Verfassungsloge. Schluß 7 1/2 Uhr.

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

82. Sitzung vom Montag, den 22. Mai, 11 Uhr. Am Ministertisch: Spahn. Die Beratung über den Bericht der Budgetkommission betreffend die

### Lage der staatlichen Bergwerke

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Köhling (nl.): Der Rückgang in den Erträgen der staatlichen Bergwerke im Gange ist unbestreitbar und trotz der Darstellung des Oberbergbauministers vor allem an organisierten Mangel zurückzuführen. Die Lage beruht bei den mittleren und unteren Beamten das Gefühl, daß sie von den vorgelegten Stellen nicht geschützt werden. Das gleiche Gefühl soll auch bei den höheren Beamten schon Platz gegriffen haben. Die Wöhne müssen erhöht werden, insbesondere für diejenigen, die besonders leiden. Mit der ruhigen und unbefangenen Auffassung des Kohlenindustrials in der Preispolitik sind wir einverstanden. Das Wort „kaufmännischer Geist“ kann auch als Schlagwort dienen, es ist nicht überall am Platz, aber sicherlich dort, wo Konkurrenz von privater Seite besteht, und dies gilt für die staatlichen Bergwerke in erster Linie. (Beifall b. d. M.)

Abg. Köhling (Sp.): Die Schuld an dem Rückgang der Erträge liegt nicht einseitig bei der Regierung, sondern auch beim Parlament. Auch das Parlament muß hier sagen: „moa culpa“. Aber wir wollen die Schwarzarbeiter verbannen, denn sonst laufen wir Gefahr, daß der Finanzminister mit einer hohen Einkommensteuer kommt. (Sehr richtig! b. d. Sp.) Dem Bericht der Kommission können wir nicht zustimmen. Der Staat hat höhere soziale Lasten, denn öffentliche Betriebe sollen Musteranstalten sein. Eine gewisse Rücksicht auf die Wöhne in der Privatindustrie muß allerdings genommen werden. „Kaufmännischer Geist“ ist gewiß notwendig, aber wieviel stellt sich, wo der Geist fehlt, ein bloßes Wort ein. In unseren Staatsbergwerken gehören vor allem die Techniker in den Vordergrund. Gegen Gratifikationen sind wir sehr misstrauisch. Vom Beamtendatarien der mittleren Beamten abzugeben und zu dem Privatstellungsgeld überzugeben, ist schwer durchführbar. Zum Kohlenindustrials Stellung zu nehmen, drängt ja nicht so sehr. (Abg. v. Pappenheim (konf.): Aber sehr!) Es endigt erst 1913. Herr von Pappenheim wollte nicht parteipolitisch reden, er hat aber zum Schluß die Interessen der Sozialdemokraten, Agrarier und Großindustriellen vertreten. Das war der Zweck des „Mits nach dem Westen“. Man wird möglich industriefreundlich, und zwar die soziale Partei, die den Kohlen auszuheben beabsichtigt. Vorläufig beim Kohlenindustrials nicht die Rolle des unzufriedenen Kritikers, aber auch nicht des ständigen Liebhabers! (Sehr richtig! b. d. Sp.)

Abg. Korfanty (Soz.): Staatliche Unternehmungen können nicht allein nach dem Prinzip verwaltet werden: Möglichst billig produzieren und möglichst teuer verkaufen. Der fiskalische Bergbau hat in Oberkasseln besser für die Arbeiter gefordert als der private.

Abg. Weinet (Soz.): Die Kommissionsverhandlungen machen den Eindruck, als ob eine Kommission von Scharfmachern getagt hätte. Der Privatbergbau scheint unzufrieden zu sein mit der Behandlung der Arbeiter in den Staatsbergwerken. Das scheint auch die Triebfeder zur Einleitung der Kommission gewesen zu sein. Will man den Staatsbergbau der Ausraubung durch das Privatkapital überlassen? Obwohl die Staatsbergwerke durchaus keine Musterbetriebe sind, müssen wir nicht nur keine Verlingerung der Staatsbergwerke, sondern deren Erweiterung. Die jetzige Stellung der Konventionen gegenüber dem Kohlenindustrials ist sehr bemerkenswert. Die Großindustrie hat sich aus dem national-liberalen Lager heimlich in die freikonventionale Lager, das zwar nicht im Lande, aber im Hause besteht. Der Mitt nach dem Westen die veränderte Stellungnahme. Und das Zentrum? Hinter verschlossenen Türen arbeitend, in der Öffentlichkeit arbeitend, nach dem Worte des „Zentrumschloßes“: Wer knecht ist, soll knecht bleiben. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Spangis (nl.): Der starke Rückgang der Rente der staatlichen Bergwerke ist nicht zu leugnen. Ich kann die Erzeugung der Beamten verstehen, wenn man sie jetzt vertraglich anstellen will. Die Kommission wollte ihnen kein Mißtrauensvotum aussprechen. Dem Abg. Weinet möchte ich entgegenhalten, daß Deutschland in der praktischen Fortfolge für die Arbeiter von keinem Lande der Welt übertrifft worden. Die Sozialdemokraten kritisieren alle, tragen aber nicht zur Besserung bei. (Antr. b. d. Soz.) Aus tatsächlichen Gründen lehnen sie alles ab, z. B. die ganzen Arbeiterzuschüsse. Mit der Lohnbewegung für die Bergarbeiter sind wir freilich nicht am Ende, aber es sind nicht alle Wöhne immer möglich zu erfüllen. (Beifall.)

Abg. Zambisch (Ztr.) tritt für Beibehaltung der Bergarbeiter ein.

Die Ausprache wird geschlossen. Abg. Hirsch-Gien (nl.) empfiehlt als Berichterstatter die Resolution der Kommission, wonach die Regierung Maßregeln treffen soll, um den in den Verhältnissen der höheren und mittleren Beamten und der Arbeiter festgestellten Mangel abzugeben. Insbesondere soll geprüft werden, ob die im Staatseigentum besitzene Lohnpolitik aufrechterhalten werden kann. Ferner sollen Maßnahmen zur Beschäftigung in Staatsbetrieben und zu einer fertigen Preis- und Tarifpolitik in die Wege geleitet werden. Die Resolution der Kommission wird angenommen. Der Gegenstand betreffend die Vollenhaltung in der Rheinprovinz geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Mittwoch 11 Uhr: Interpellation wegen des russischen Studenten. Schluß 5 1/2 Uhr.



# Deutsches Reich.

## Die Kaiserreise nach Köln.

Köln, 22. Mai.

Seit 13 Jahren hat der Kaiser die alte Colonia, die zweitgrößte Stadt Preußens, nicht mehr besucht. Wenn der Kaiser heute nachmittags unter dem Salut der Festliche und dem wunschehaften Domgeläut, in dem man auch den tiefen ehreren Ton der herrlichen Kaiserorgel vernimmt, in Köln einberufen wird, so darf er der jubelnden Größe der Rheinlande gewiss nicht, die, wie immer, wenn Köln seine Feste feiert, in beständigster Zahl seit dem frühen Morgen die Festtrögen füllen.

Die Geländebere für die Ausschmückung des acht Kilometer langen Weges, den das Kaiserpaar durch die Stadt nimmt, hat die einer Via triumphalis. Unter Leitung rheinischer Künstler ausgeführt, zeigt der Festzug einen einheitlichen Stil. Der deutsche Ring hat als Grundfarbe ein helles Gelb. Ein leuchtendes Rot, der Kaiser-Wilhelm-Ring der Darstellung, die Gersonstraße, in der das erstgenannte Schloss gelegen ist, orange und das Bankrotierel Interieur-Schwarzblau ist u. u. Über dieser glänzenden Via triumphalis läuft ein Wald von Fahnen. An einzelnen Wendepunkten und freien Plätzen stehen Triumphbögen, zum Teil wahre Kunstwerke der Dekoration. Sie sind die Hauptpunkte in diesem Farneer. 20 Schiffe, darunter auch mehrere Seebampfer, liegen im Flaggenschma da, an denen der Kaiser vorbeifahren wird. Zünunngen in ihren historischen Trachten, Mitglieder der Kriegervereine mit Fahnen und Abzeichen, Tausende von Schültern marschieren auf. Mit der ganzen Garnison bilden sie Spalier, dahinter Tausende weißgekleideter Mädchen mit Amorettenkränzen, Girlanden und Blumenbögen in den Händen. An Gewandgärten sind Blumenbouquets des Fürstpaars zu sehen. Minister v. Breitenbach, der die Rede auf der Hofoperabühne halten wird, Preiserz v. Schorlemer, Minister Dalwigk, Dr. Kenig, Oberpräsident Freiherr v. Rheinbaben, die kommandierenden Generale des 8. und 7. Armeekorps v. Blöth und v. Einem und viele andere. Der Kaiser hat bereits gästrische

### Auszeichnungen.

erhalten. Es erhielten: Ehrenbürgerminister von Breitenbach das Komturkreuz des Königlich-hausordens von Hohenzollern mit Stern; Unterstaatssekretär Sieger den Charakter als Wirklicher Geheimrat mit dem Prädikat Exzellenz; die Krone zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eisenknoten; Ehrenbürgerminister Martini und Geheimrat Barar Professor Schwedien (Berlin); den Roten Adlerorden 3. Klasse mit Schleife Professor Dr. Tuailion, der Schöpfer des Kaiser-Friedrich-Denkmal, den Stern zum Kgl. Kronenorden 2. Klasse der frühere Kölner Ehrenbürgerpräsident Schmidt und Oberbürgermeister Wallraf, den Königlich-hausorden 2. Klasse; Volkspresident von Wegemann. Die Minister machten heute vormittag Besuche. Gegen Mittag traf das Fürstpaar zu Wies ein, ebenso Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, der dem Generalmajor Direktor Seidach einen Besuch abstattete und dann zum 10. Kammermuffel seine Reise nach Bonn fortsetzte.

### Rückkehr des Kronprinzenpaares.

Das deutsche Kronprinzenpaar ist Montag früh auf der Rückreise aus Paphos in Dels eingetroffen und hat sich zu mehrtägigem Jagdaufenthalt nach Jagdschloß Klein-Ellguth begeben. Die Rückkehr nach Potsdam erfolgt voraussichtlich am 30. Mai. Ueber die letzte Etappe der russischen Reise wird noch aus K a l i s h, 22. Mai, gemeldet:

Zur Begrüßung des deutschen Kronprinzen und der Kronprinzessin, die gestern abend kurz nach 10 Uhr auf der Durchreise hier eintrafen, waren auf dem Bahnhof der Generalgouverneur von Warschau und der Gouverneur von Kalisz erschienen. Das kaiserliche Dragonerregiment des Kronprinzen hatte die Ehrenwache gestellt. Als der Zug in den Bahnhof eintraf, spielte die Wache die deutsche Nationalhymne. Der Generalgouverneur, die Gemahlin des Gouverneurs und der Oberst des Regiments überreichten der Kronprinzessin Blumensträuße. Der Kronprinz begrüßte in russischer Sprache die Mannschaften des Regiments, das im Paradeanzug an ihm vorbeizog. Um 10 Uhr verließ der Zug den Bahnhof. Längs des Bahnweges aufgestellte Mannschaften zum Regiment des Kronprinzen begrüßten den vorbeifahrenden Zug mit Zurruufen.

### Aussperrung in der ministeriellen Textilindustrie.

Die Aussperrung in der ministeriellen Textilindustrie, die man vor einigen Tagen bereits vernommen glaubte, ist am Montag auch zur Tatsache geworden. Nachdem bis zu dem Sonnabend dauernd Räumungsbefehle erteilt worden, sind am Montag alle angestellten Arbeiter der Betriebe in Griesen, Nordwalde, Bergfort, Coesfeld, Neuenkirchen, Emsbotten, Melsdorf, Warendorf, Dülmen, Osnabrück, Stadthagen und Nordhorn ausgesperrt worden. Von der Aussperrung sollen etwa 10 000 Arbeiter betroffen werden.

### Kleine vermischte Nachrichten.

Das Privatbeamtenpensionsgesetz ist am Montag dem Reichstage zugegangen.

30 Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses beschloß am Montag eine große Baumgasse und die Wollkulturen in D e m e s p a a r t in der Provinz Osnabrück. Bei der bayerischen Landtagswahl in Frankfurt, wo der nationalliberale Stammeslandbau-Maschinenfabrikant Kommerzienrat Kopp mit 5101 Stimmen über den sozialdemokratischen Reichsanwalt Ackermann siegte, der 4717 Stimmen erhielt, haben die Sozialdemokraten 1704 Stimmen oder 56 Proz. mehr erhalten als bei den letzten Hauptwahlen.

## Ausland.

### Frankreichs Zug nach Fez.

Die Situation in Marokko scheint noch immer trotz der Anwesenheit der französischen Truppen zu sein. So war, laut „Tag“, auf dem Marsche von Casablanca bis Rabat stets zu beobachten, daß die Eingeborenen dem Kriegszug mit ungemein feindseligen Blicken folgten. Sogar die Frage der Soldaten nach dem nächsten Wasser wird oft gar nicht mehr oder falsch beantwortet. Bis Kasba Aousnita marschierten die Truppen und Transporte ohne

Sicherung, darüber hinaus aber kriegsmäßig, und zwar hat hier der fünfte Angriff stattgefunden. Hinter Schützmannern des Vem, waren auf dem Wege nach Rabat um drei Meilen östlich eines Vierschüßigen ausgehoben, als ob hier längere Zeit ein Transport gegen einen Angriff vertheidigt sei. Late Pferde lagen hier noch, wie überhaupt längs der Straße. Angegriffen wurde gestern auch wieder ein von zwei Kompanien eskortierter Transport zwischen Rabat und Medaha, und wenige Tage vorher wurde einer so lange festgehalten, daß es ratloser war, ihn für die Nacht rückwärts Rabat, statt vorwärts zu schicken, also hinter dem Rücken süßen sich die Franzosen in um lo unbequemer Lage. Als Nachschuß auf einheimischen Zieren, Kamelen und Maultieren unter fremden Händen geht der Marsch recht langsam. Morgen wird Medaha erreicht werden. Telegraphisch wird gemeldet:

Langer, 21. Mai. Wie unter dem 19. Mai aus Alkassar gemeldet wird, ist die Kolonne Brulard mit Konstantin Boisset an den Herrn des Gebu nahe der Einmündung des Vergha in die Sidi Guebdar. Der Marsch wurde ohne Zwischenfall fortgesetzt. — Mehrere Abteilungen von Scherzern und Beni Hassan, die vor Ges fanden, sind auf die Nachricht von dem Anmarsch der Franzosen in ihre Heimat zurückgekehrt. Ein Angriff auf Fez hat seit dem 11. Mai nicht mehr stattgefunden. — Der Generalgouverneur von Ceuta hat einer Notabeneversammlung der umliegenden Dnars, die er hatte einberufen lassen, erklärt, Spanien werde keine militärischen Operationen unternehmen, sich vielmehr darauf beschränken, die Leistungen, die es kraft des mit dem Marokken unterzeichneten Vertrages innehat, befestigt zu halten.

### Deutsche Opfer der Fremdenlegion.

Unter den bei dem Ueberfall von Aluana gefallenen Fremdenlegionären befinden sich folgende Deutsche: Burkart (Litzheim, Elß), Hollaans (Bremer), Klauß (Kottbus), Bedert (Oggersheim), Valienes (Pozbax), Treß (Odenlingen), Schömaier (Wien), Janßen (Meß), Weißner (Dresden); ferner ein Däne namens Petersen.

## Kalle und Umgebung.

Kalle a. E., 23. Mai.

### Stadtverordneten-Eitzung.

Kalle a. E., 22. Mai.

Am Vorstandsitz der Herren Geh. Kommerzienrat Steadner, Justizrat Föhring, Baumeister Gygias und Kaufmann Proh f.

Eingegangen ist eine Petition des Hausmanns vom Riebeckitz; sie wird dem Magistrat übergeben.

Der erste Punkt betrifft eine Anfrage aus dem Stadtverordnetenkollegium, wie weit die

### Vorarbeiten für das Hallenschwimmbad

gefördert und wann die Vorlage der Stadtverordnetenversammlung zugehen wird.

Herr Stv. v. Blume begründet die Anfrage: Einer Begründung bedarf es eigentlich nicht, weil eher könnte man fragen, warum aus dem Kollegium heraus die Frage nicht schon früher gestellt ist. Vor etwa zwei Jahren haben wir die Mittel zur Ausarbeitung bemittelt, der Finanzausschuß richtete dann die Bitte an den Magistrat, über einzelne Punkte noch Aufklärung zu geben und auch einen Nachweis über die Rentabilität beizufügen. Ein halbes Jahr verzögerte, da bekamen wir Auskunft. Vor einem Jahr etwa haben wir definitiv die Mittel zur Ausarbeitung des Projektes bewilligt, aber seitdem ist uns über den Stand der Angelegenheit nichts weiter mitgeteilt, abgesehen von einer gelegentlichen Neuherung des Hochbauabergenten, das heißt nach „demnach“ uns der Plan vorgelegt wurde. Was heißt das: „demnach“? Wenn wir nicht in allerhöchster Zeit die Befragten bekommen, dann sind die Herren da, der Winter folgt und vor dem Frühjahr ist ein ernsthafter Beginn der Arbeiten nicht zu erwarten. Wir sind zwar gewöhnt, daß das Projekt hinausgeschoben wird, aber jetzt müssen wir doch wünschen, daß damit ein Ende wird. Wir alle, auch die, die sich für das Schwimmbad nicht erwärmen lassen, müssen wünschen, daß, nachdem die Mehrheit einmal ihren Beschluß gefaßt hat, er auch ausgeführt wird. Ich habe noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, jedoch argwöhnisch bin ich geworden. Wenn es in letzter Zeit etwas langsam ging, wenn wir warten mußten, dann hieß es: die Sache liegt dem Hochbauamt. Ich halte es sehr wohl für möglich, daß das Hochbauamt stark belastet ist, aber dann müssen wir anderweitig Vorvorlage treffen. Auch hat es mich fasziniert gemacht, daß bei der Lokalbesichtigung im Zoologischen Garten, wo es sich um bauliche Veränderungen handelte, nicht der Dezerent, sondern Herr Stadtrat Grote fungierte. In Anknüpfung, die mir neulich zugänglich waren, stand fortgesetzt: „nach 8 Tagen“. Das sind bilatorische Verfügungen, mit denen die Stadtverordneten nicht einverstanden sein können. Ich hoffe aber trotz alledem, diesmal doch eine Antwort zu bekommen, die befriedigt, die uns sagt, in welcher bestimmten Frist wir die Vorlage erhalten.

Herr Stadtbaurat Jachari entgegnet, daß er allerdings die Hoffnung des Herrn v. Blume nicht enttäuschen werde. Das Projekt ist fix und fertig; hier in der Mappe liegen die Entwürfe. Es steht nun ganz bei der Verwaltung, wie die Sache gefördert werden soll. Ich stelle morgen den Antrag, für die Deputation für das Hallenschwimmbad zu übergeben.

Damit schließt die Debatte.

2. Wie Herr Stv. Döhrer auf Grund der Magistratsvorlage darlegt, wird durch die schwere Erkrankung des Stadtrats Frenzel dessen schätzenswerter Arbeitskraft auf die nächsten Monate dem Magistratskollegium entzogen. Zu gleicher Zeit wird teils aus dienstlichen Gründen, teils zur Erlangung der nötigen Erholung ein oder das andere Mitglied des Magistratskollegiums abwesend sein. Durch beide Umstände wird zur Erledigung der Geschäfte die Gewinnung einer außerordentlichen Hilfskraft geboten. Der Magistrat beantragt daher, 1. daß damit einverstanden zu erklären, daß für die Dauer der dienstlichen Behinderung des Stadtrats Frenzel ein Assessor zur Ausschilfe angenommen wird, 2. zu dessen Honorierung 200 Mark pro Monat aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt zu.

3. Es wird beauftragt mit dem obgenannten Ausuß a der Witzkindstraße zwischen Friedens- und Große Brunnenstraße vorzugehen. Zunächst muß jedoch das gesamte Straßenland in das Eigentum der Stadtgemeinde übergegangen sein. Abzutreten haben a) Maurermeister Friedrich und Subdirektor Delmide 184 Quadratmeter, b) Firma

Schmann & Wolff 55 Quadratmeter, c) Rentiere Sophie Meyer 17 Quadratmeter, d) Frau Marie Wehlohe 11 Quadratmeter. Sämtliche Flächen sind bereits freigelegt und werden als Straßenland genutzt. Die zu a) Genannten haben sich verpflichtet, das Land zum Preise von 15 Mark pro Quadratmeter der Stadtgemeinde zu überlassen. Die Flächen von b bis d sind vom Magistrat mit 20 Mark pro Quadratmeter bewertet worden. Die betreffenden Eigentümer wollen sie gegen diese Entschädigung an die Stadtgemeinde auflösen.

Die Verammlung genehmigt die Vorlage. (Ref. Herr Stv. Gygias.)

4. Das Magistratskollegium hat die Stundenpläne der städtischen kaufmännischen Fortbildungsschule für das Schuljahr 1911 festgelegt. Die Festlegung der Stundenpläne in ordnungsgemäßer Form muß erfolgen, da nach der augenblicklichen Rechtslage gegen unentschuldigte Schüleruntersamisse nur dann strafrechtlich eingeschritten werden kann, wenn die Festlegung der Unterrichtsstunden durch Beschluß der städtischen Körperchaften und mit Genehmigung des Bezirksausschusses stattgefunden hat. Die Anhörung beteiligter Gewerbetreibender und Arbeiter gemäß § 142 der Reichs-Gewerbe-Ordnung hat stattgefunden. Der Antrag findet Genehmigung. (Ref. Herr Stv. Proh f.)

### Kanalbenutzungsgebühr

ein Mieter nur dann herangezogen werden, wenn in den vermieteten Räumen oder in einem in demselben Standort gelegenen und seinen Bewohnern zur Benutzung freigegebenen Räume ein ihnen besonders dienendes Abflusrohr vorhanden ist. Von diesem Rechtsgrundsatz ausgehend, waren die unter dem 3. Dezember 1904 vorgelegten Kanalbenutzungsgebührenanträge laut § 2 Abs. 2 die Mieter nur in vorbestimmtem Umfang für gebührenpflichtig erklärt worden, während in allen anderen Fällen die Grundstücks-eigentümer als Träger der Gebühr bezeichnet wurden. Bei der Beratung der Ordnung in der Stadtverordneten-Versammlung wurde jedoch beschlossen, in Abweichung von dem Prinzip auch die im Hof befindlichen Entwässerungsanlagen als Zubehör vorhandener Bäden gelten zu lassen und dadurch deren Mieter an Stelle des Grundstückseigentümers für die Gebühr haftbar zu machen. Der Magistrat hat sich trotz der abmalenden Rechtsbedenken im Interesse des Zufriedenommens der Ordnung dem Beschlusse gefügt. Auch ist er bei der Genehmigung durch den Bezirksausschuß unbeantwundet geblieben. In einem neuerdings vorgekommenen Rechtsstreit ist aber mit Recht auf die Ungleichheit des Zulages hingewiesen worden und infolgedessen die Freistellung des Mieters eines des besondern Anschlußortes entsprechenden Badens von der Gebühr erfolgt. Der Magistrat ist hieran in dem Anknüpfungspunkte, die im Besonderen die bezüglichen Bäder zur Gebühr heranzuziehen. Auf der anderen Seite kann er aber für sie auch die Grundstücksbesitzer solange nicht haftbar machen, als jener ungeschickliche Zufuß formell noch besteht. Es ist daher nicht nur im Interesse einer gleichmäßigen, von § 7 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes geforderten Anwendung der Gebührensordnung, sondern auch zur Vermeidung eines Gebühren-Ausfalls von zurzeit etwa 3000 Mark geboten, den Zufuß aufzuheben. Demgemäß wird beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle sich mit folgendem 2. Nachtrag zu der in einem Druckexemplar vorgelegten Ordnung einverstanden erklären: Auf Grund der §§ 4 und 7 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 22. 5. 1911 wird der Abs. 3 des § 2 der Ordnung betreffend die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Kanäle im Bezirk der Stadtgemeinde Kalle vom 17. Januar 1905, welcher lautet: „Für Bäden gelten die im Hofe befindlichen Entwässerungsanlagen als Zubehör des Grundstücks“, hierdurch aufgehoben.

Die Vorlage wird angenommen.

Punkt 6 fällt aus.

### Magdeburger Pferdelotterie.

Bei der gestern morgen begonnenen Ziehung der Magdeburger Pferdelotterie, deren Lose auch in unserer Gegend viel gekauft wurden, wurden u. a. folgende größere Gewinne gezogen: Der erste Hauptgewinn (ein Stutgebirn) mit einem Pferde (Werte von 2000 Mark) fiel auf die Nr. 4755. Ferner erhielten 5 Pferde auf die Nummern: 4510, 9531, 19 634, 20 894, 25 065, 63 700, 91 603, 112 895 und 118 700. Fahräder fielen auf die Nummern: 21 959, 51 050, 64 364, 90 963, 91 451, 110 874.

Der Gesamt-Jahresgewinn in St. Marien veranschlagt am Jahresabschluss vom 31. März 1911 einen Ausfluß nach Ausschluß der Sammelplätze für die Rannische Platz. Kaffen 55 Pf.

### Buchführungsstelle des Rabatiparvereins.

Man schreibt uns: Nachdem der Vorstand des Rabatiparvereins Halle (Saale) im Sommer v. J. bei seinen Mitgliedern durch Umfrage festgestellt hatte, daß bei vielen Mitgliedern die Teilnahme an Buchführungsarbeiten wünschenswert sei, erzielte er nach sorgfältiger Vorbereitung Mitte September zunächst zwei Kurse für Buchführung nach amerikanischem System. Um den Unterricht der Praxis entsprechend gehalten zu können, haben sich die Herren Vorstandsmitglieder August Wandendorf und Friedrich Eitmann der Übernehmung unterzogen, zwei Geschäftsgänge in freier Anknüpfung an die kaufmännische Praxis als Grundlage für den Unterricht aufzustellen. Zur Teilnahme an den geplanten Kursen hatten sich ca. 150 Mitglieder gemeldet, von denen, nach Abenden geordnet, zunächst 25 Herren und 16 Damen am Unterricht teilnahmen. Der erste Kursus zählte 20 Herren, der andere 16 Damen und 5 Herren. Die Leitung der Kurse wurde den Herren Fortbildungsschulleitern Göll und Leßner Sieger übertragen. Der Unterricht fand statt in der städtischen kaufmännischen Fortbildungsschule, welche der Magistrat dem Rabatiparverein zur Verfügung gestellt hatte. Die Unterrichtsstunden wurden auf Wunsch der Teilnehmer an zwei Abenden auf die Zeit von 2 bis 4 1/2 Uhr nachmittags und von 8 bis 10 Uhr abends gelegt. Sämtliche Teilnehmer haben dem Unterrichte von Anfang bis zu Ende das regste Interesse entgegengebracht. Die Darbietungen erstreckten sich auf die Aufstellung der Inventur und Bilanz, auf Führung des Journals und des Hauptbuches, sowie eines Abschlußbuches, auf den Monats- und Jahresabschluss und die Veranschlagung nach den Geschäftspunkten der Steuererklärung. Die Herren Vorstandsmitglieder Oswald Reife, August Wandendorf und G. Rünzberger wählten den Unterricht an verschiedenen Tagen bei Nachbeziehung der Kurse vereinzelt für die Teilnehmer mit ihren Leitern und mit den Vorstandsmitgliedern zu einem gewissen Bekanntheit, bei dem die Aufzustellenden dem Vorstande des Rabatiparvereins ihren Dank für die gelegentliche Einrichtung in warmen Worten abstatten. Bei den Ansprachen wurde manche gute Anregung zur weiteren Ausgestaltung anderer Kurse und zur praktischen Anwendung der Buchführung ge-











